

## Track #Europakritik

# Zivilgesellschaftliche Strategien und deren Effekte auf die europäische Investitionsschutzpolitik

Praxisbericht

*Elisabeth Beer und Judith Vorbach*

Die Europäische Kommission sieht sich zur Reformdiskussion in der TTIP-Investitionspolitik gezwungen. Dieser Beitrag geht der Frage nach, welche Rolle die Zivilgesellschaft dabei gespielt hat. Außerdem analysieren und bewerten wir den Diskussionsprozess.

Mit dem Lissabon-Vertrag hat die Europäische Kommission die Kompetenz für die internationale Investitionspolitik übernommen. Anfänglich waren die Mitgliedstaaten sehr skeptisch, ob die Kommission dieses neue Politikfeld entsprechend ihrer Vorstellungen in die europäische Handelspolitik integrieren wird. Bündnisse von Mitgliedstaaten, wie „friends of investment“, sollten gewährleisten, dass sich im Verhältnis zu der seit 60 Jahren verfolgten bilateralen Investitionspolitik nichts ändert. Die Kommission wollte ihre investitionspolitischen Ziele nicht offengelegen, um ihren Handlungsspielraum so groß wie möglich zu erhalten.

Doch in den Verhandlungen um ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) ist das Interesse der Zivilgesellschaft an den Verhandlungsgegenständen erwacht. Unterstützend waren die Erfahrungen der kanadischen NRO's und Gewerkschaften mit Handelsabkommen wie NAFTA. Die Europäische Kommission ist in der politischen Diskussion über die Transparenz von Verhandlungen und deren Inhalten unter massiven Druck gekommen, weil Vertragstexte zum Investitionsschutzkapitel geleakt wurden. Sie sah sich gezwungen, weitreichende Zugeständnisse in Sachen Transparenz bei den in Verhandlung stehenden anderen Handelsabkommen zu machen: EU-Singapur, EU-USA (TTIP). Und Zugang zu Informationen ist eine wichtige Voraussetzung für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der europäischen Investitionsschutzpolitik.

Der Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die Investitionsschutzbestimmungen und Investor-Staat-Streitbeilegung hat sich auf die EU-Verhandlungen mit den USA zu TTIP konzentriert. Als Folge hatte die Kommission die Verhandlungen zu diesem Kapitel auszusetzen und eine öffentliche Konsultation einzuleiten. Die Beteiligung an der Konsultation war so groß, dass die Kommission deren Ergebnisse nicht ignorieren konnte und sich gezwungen sah, eine Reformdiskussion einzuleiten, die punktuelle Probleme des bestehenden Investitionsschutzregimes aufgreift. An Hand der ISDS-Diskussion in den TTIP-Verhandlungen versucht die Europäische Kommission auszuloten, was in der herkömmlichen Investitionsschutzpolitik, vehement unterstützt von der Wirtschaft, noch gesellschaftspolitisch akzeptabel ist.

In unserem Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, warum sich die harsche Kritik und der Widerstand der Zivilgesellschaft bei TTIP, nicht aber den anderen in Verhandlung stehenden Investitionsabkommen, manifestiert. Auch haben die Regierungen der Mitgliedsstaaten (bis auf Irland) eine aus ihrer Sicht erfolgreiche herkömmliche Investitionspolitik (1.500 BITs) in den letzten 60 Jahren verfolgt. Warum ist die zivilgesellschaftliche Kritik erst mit Kompetenzübertragung von nationalstaatlicher auf supranationalstaatliche Ebene wahrnehmbar? Wir wollen beleuchten, wie sich die Zivilgesellschaft öffentliches Gehör und Aufmerksamkeit in den Medien hat verschaffen können, dass auch nationale wie europäische Parteien und Parlamente sich angeschlossen haben. Dann stellen wir uns die Frage, wie sich die Positionen der Mitgliedstaaten, der Stakeholder und des Europäischen Parlaments vor und im Zuge der Reformdiskussion, ausgehend vom Verhandlungsmandat, geändert haben. Und schlussendlich: Wie reagiert die Zivilgesellschaft auf Reformdiskussion zu ISDS in TTIP? Will sie sich darauf einlassen?